W1 Denise Frings

Tagesordnungspunkt: TOP 3.3.2. Nachwahl Schatzmeisterin

Foto



Selbstvorstellung

Hallo,

Ich bin Denise und ich möchte mich für den Posten als Schatzmeisterin bewerben.

PDF-Bewerbung

Hallo Ihr Lieben,

In NRW und im ganzen Land sehen wir gerade große Veränderungen auf uns zukommen. CDU und CSU spalten sich weiter, das neue Hochschulgesetz stellt eine Herausforderung für Studierende und Universitäten dar, das kommende Polizeigesetz schränkt Bürger*-innenrechte ein. Wir müssen all dem die Stirn bieten und für unsere Rechte und unsere Freiheit kämpfen!

Hände hoch! - Das neue Polizeigesetz

In NRW sowie in vielen anderen Bundesländern will die Landesregierung ein neues Polizeigesetz verabschieden, dass grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien infrage stellt. Die Persönlichkeitsrechte werden durch Videoüberwachung an öffentlichen Orten erheblich eingeschränkt und Handys werden ohne konkreten Tatverdacht ausspioniert. Durch die Einführung des Begriffs „drohende Gefahr" können nur auf der Grundlage von Vermutungen jederzeit Menschen angehalten, ihre Identität festgestellt und ihre Autos o. Ä. durchsucht werden.
Dies liefert der Polizei nur eine Erklärung um sich vor Vorwürfen wie Racial Profiling wehren zu können. Aktivist*innen müssen sich in Zukunft zwei mal überlegen, ob sie an einer Demonstration teilnehmen, denn es droht bei Festnahme der bis zu einem Monat Freiheitsentzug.

Obwohl wir in Deutschland 2017 die niedrigste Kriminalitätsrate seit circa 25 Jahren hatten, werden die Polizeigesetze maßgeblich verschärft. Aus Angst vor Terror und aufgrund des Versagens der Prävention des Falls von Anis Amri werden nun stark verschärfte Gesetze verabschiedet, obwohl die Bevölkerung immer wieder der Regierung klar macht:
Das wollen wir nicht!
Wir haben am Samstag auf der Anti-Polizeigesetz Demo in Düsseldorf zusammen mit 18.000 Menschen ein Statement für unsere Freiheit gesetzt und gegen die Einschränkung unserer Rechte gekämpft. Doch damit sind wir noch weit nicht am Ziel! Die Landesregierung will das Gesetz noch einmal überarbeiten, jedoch sind damit nur Umfor-mulierungen gemeint und keine Änderungen des missratenen Inhalts.
Wir müssen weiterhin Petitionen unterschreiben, auf die Straßen gehen und der Regierung zeigen, dass sie nicht im Sinne ihrer Bürger handelt.

Bildung ist Zukunft!

Bildung und Forschung sind wichtige Grundlagen für den Zugang zu unserer aktiven Gesellschaft, aber auch die politische und ökonomische Teilhabe jedes einzelnen Menschen. Der Mensch mit seinen individuellen Interessen und Fähigkeiten steht hier im Mittelpunkt. Mit dem neuen Hochschulgesetz der schwarz-gelben Landesregierung hier in NRW sieht das jedoch ganz anders aus. Im Mittelpunkt stehen für CDU und FDP nur die Universitäten, das Militär und auch wie aus den Studierenden am meisten Profit gemacht werden kann.

Mit dem neuen Gesetz werden die Rechte von Studierenden demnächst stark eingeschränkt, die Anwesenheitspflicht wird wieder eingesetzt, der Absatz, dass die Forschung der Unis einen ,,Beitrag zu einer nachhaltigen und friedlichen Welt'' leistet, wird gestrichen, und öffnet damit die Türen für Rüstungsforschung. Außerdem werden Vertretungen für studentische Hilfskräfte abgeschafft und verbindliche Studienverlaufspläne eingeführt.
Das müssen wir stoppen! Hier werden eindeutig Rechte und individuelle Entfaltungen im Studium unterdrückt. Bildung wird nun wieder eine Geldfrage, denn wer einen Job braucht um sich das Studium finanzieren zu können wandert nun mit Anwesenheitspflichten auf dünnem Eis. Auch Studierenden mit Kind wird das Leben deutlich

schwerer gemacht.Finanzielle Unterstützung wie Bafög sind noch immer schwer zu erhalten und nicht unabhängig vom Einkommen der Eltern.
Das neue Hochschulgesetz ist ein Armutszeugnis für Zugangsgerechtigkeit und Chancengleichheit.

Feminismus hat noch lang nicht das Ziel erreicht

Vor wenigen Wochen war die Landesdelegiertenkonferenz der Altgrünen. Dort wurde viel von Feminismus gesprochen und dass Frauen Männern gleichgestellt sind. Aber die Realität sieht leider anders aus. Es werden noch immer nicht-binäre und anders geschlechtliche Menschen von der Frauenquote diskriminiert. Es werden Bewerberinnen auf dem Podium gefragt, ob sie auch auf die offenen Plätze kandidieren wollen und allein die Antwort auf diese Frage ist ausschlaggebend für die Wahl. Manche Kreisverbände machen von der Antwort abhängig, ob diese Kandidatin gewählt wird oder nicht. Denn was ist die Definition von offenen Plätzen? Ein Platz für alle oder ein Platz für Männer.

Kompetenten Frauen sollte man alle Wege frei halten um sich politisch engagieren zu können. Es gibt eine 50+ Quote und das „+" macht hier den entscheidenden Unterschied. In einer Partei, die sich selbst mit Feminismus brüstet kann es doch nicht sein, dass immer noch solche Vorkommnisse auf der Tagesordnung stehen.
Frauen dürfen nicht nur auf offene Plätze kandidieren, sie sollten es auch tun! Es reicht nicht, wenn wir für unsere Mutterpartei ein Vorbild sind, in dem wir Ihnen zeigen wie es richtig geht. Wir müssen darum kämpfen, dass nicht nur die strukturelle Diskriminierung ein Ende hat, aber auch dafür, dass sich in den Köpfen der Menschen etwas tut!

Feminismus muss jetzt passieren und nicht morgen! Wir, „diese jungen Leute", müssen unsere laute, progressive, wie auch kämpferische Stimme erheben! Denn nur zusammen können wir gegen konservativ Andersdenkende ankämpfen und die Welt ändern!

Liebe Grüße,

Denise

Ich bin Denise, 18 Jahre alt und wohne in Wuppertal.



Anfang 2017 bin ich zur Grünen Jugend Aachen gekommen und habe mich da erstmals so intensiv mit Politik beschäftigt.
Kurz darauf bin ich im Juni auch schon zur Sprecherin gewählt worden.
Aufgrund des Studiums musste ich leider wegziehen und studiere jetzt Sozialwissenschaften und Englisch auf Lehramt.
Mitte diesen Jahres bin ich der GHG beigetreten.
Meine Herzensthemen sind (Queer-)Feminismus, Bildung und Antifaschismus.

Ihr findet mich bei Facebook unter Denise Frings, per email erreicht ihr mich unter denise.frings@yahoo.de und auf Instagram und Telegram heiße ich ilovejohnlock.